

# 40 Jahre CDU Rheinland

Ansprache von Helmut Kohl im Kölner Gürzenich

Beim Festakt zum 40. Gründungstag der CDU Rheinland am 15. Juni 1985 im Kölner Gürzenich hat der Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union, Helmut Kohl, die Festrede gehalten. Wir veröffentlichen den Text in einer gekürzten Fassung:

Wir sind heute zusammengekommen am Vorabend des Tages der Deutschen Einheit, um jenes Tages vor vierzig Jahren zu gedenken, an dem hier in Köln die Gründung unserer Christlich Demokratischen Union im Rheinland vorbereitet und mitentschieden wurde. Mancher wird beim Empfang dieser Einladung und im Rückblick auf dieses Datum sich gefragt haben: Ist dies nach der bitteren Wahlniederlage der Union in Nordrhein-Westfalen ein günstiges Klima, um dieses vierzigsten Geburtstags zu gedenken?

Ich habe die Einladung spontan angenommen, und ich will meine Begründung wiederholen: Wir haben, die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes, diese neue deutsche Republik nicht als eine Sonnenscheindemokratie begründet. Sie hat in über drei Jahrzehnten stürmische und sonnige Tage durchlebt, und das wird auch in Zukunft so sein. Daß dies so möglich war, verdanken wir in der Bundesrepublik Deutschland auch der Existenz großer demokratischer Volksparteien. Die mit Abstand — und ich sage dies mit Stolz, und ohne jemand anderen dabei gering zu schätzen — wichtigste große Volkspartei in diesen Jahrzehnten seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland war, ist und bleibt die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Diese Union ist nicht gegründet worden nur für die günstigen Tage, wenn der Himmel frei von Wolken ist, sondern wir haben in diesen Jahrzehnten immer wieder stürmische Zeiten und mancherlei Sturmtief mitgemacht.

## Die Zukunft gestalten aus der Kenntnis der eigenen Geschichte

Wir haben das durchgestanden, weil wir die Identität der Partei zu keinem Zeitpunkt aufgegeben haben. Und darum geht es auch heute: Identität unserer Partei — was war und was ist, das Gesetz des Anfangs unserer Union, das bis zum heutigen Tage gilt.

**Eine Partei kann die Zukunft nicht gestalten und die Gegenwart nicht begreifen, wenn sie ihre eigene Geschichte nicht kennt und in sich aufnimmt.** Und, liebe Freunde, wir haben allen Grund, stolz auf diese Geschichte zu sein: vor allem in einer Zeit, in der ungläubliche Diffamierung auf menschlich unanständige Weise Alltagsübung der Politik wird, in einer Zeit, in der man eine Politik der Mitte allzu billig als rechts oder gar als rechtsradikal diffamiert, in der Einzelpersonen für sich in Anspruch nehmen — vierzig Jahre danach! —, Richter zu sein über eine ganze Generation im Dritten Reich. Gerade in einer solchen Zeit müssen wir Wert darauf legen, daß diese Christlich Demokratische Union ohne ihren Ursprung im Widerstand gegen die Nazi-Barbarei nicht denkbar gewesen wäre. Die Würde der Person als ethisches Prinzip: Aus unserem Verständnis vom christlichen Menschenbild war dies Ausgangspunkt für unsere Union und ihr Programm. Dieses Prinzip sollte auch — so formulierte es Adenauer 1966 — „die Spannungen ausgleichen, die sich ganz von selbst in einer Partei, die keine Klassenpartei sein wollte, ergeben, einer Partei, in der Mittelständler, Intellektuelle, Arbeiter, Arbeitgeber miteinander vereint sein konnten. Das waren die beiden tragenden Gedanken, die sich glücklicherweise miteinander vereinten: eine große Volkspartei und eine Partei, die auf den ethischen Grundsätzen des Christentums beruhte.“ Liebe Freunde, das war die Voraussetzung für den Erfolg der Union. Und er wird auch in Zukunft anhalten, wenn wir diesen Prinzipien treu bleiben.

Eine Erfahrung in diesen Jahrzehnten war es auch, daß eine Volkspartei eine feste Verankerung im vorpolitischen Raum braucht. Der Evangelische Arbeitskreis hat schon sehr früh hier im Rheinland seine Grundsteinlegung erfahren. Ich erinnere an die Kommunalpolitische Vereinigung im Rheinland. Und ich erinnere an die Traditionen und die Wirksamkeit der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft der Sozialausschüsse.

## Wir mußten unpopuläre Maßnahmen treffen

**Meine Damen und Herren, Sie erwarten von mir heute auch einige aktuelle Bemerkungen zur Lage in der Bundespolitik.**

Natürlich gibt es nach einer Wahlniederlage wie der in Nordrhein-Westfalen ein erhebliches Unbehagen und eine breite Diskussion in unserer Partei. Alles andere wäre absurd, denn das würde bedeuten, daß unsere eigenen Mitglieder an der Zukunft unserer Sache keinen Anteil nähmen.

Und da werden natürlich Meinungen ausgetauscht. Der eine findet, die Wende sei zu wenig ausgeprägt, auch in der Sozialpolitik. Der andere sagt das Gegenteil: Ihr seid schon viel zu weit gegangen. Es wird das äußere Erscheinungsbild moniert, manchmal mit Recht, manchmal keineswegs mit Recht. Es wird über die Selbstdarstellung gesprochen, und vieles andere mehr. Ich nehme all diese Meinungen ernst. Gleichwohl: Wir haben jetzt — gemessen

an der Zeit seit der Wahl am 6. März 1983 — knapp über die Hälfte unserer Amtszeit für diese Legislaturperiode hinter uns gebracht. In der Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode habe ich Punkt für Punkt unsere Politik vorgetragen und erläutert, und wir alle haben ihr in der Partei und auf Parteitag zugestimmt. **Wir mußten notwendigerweise — angesichts der katastrophalen Lage, in der sich das Land befand — unpopuläre Maßnahmen treffen. Und es mußte uns allen völlig klar sein, daß diejenigen, die den Karren so in den Dreck gefahren haben, als erste laut schreien würden über das, was notwendig war.** Wenn wir allerdings in der letzten Zeit vor der deutschen Öffentlichkeit mehr darüber gesprochen hätten, warum das alles so kommen mußte, anstatt kritische, meistens überflüssige Anmerkungen an uns selbst zu richten, wäre unsere Lage auch im öffentlichen Meinungsbild sehr viel günstiger.

## Wir können nur gemeinsam gewinnen

Liebe Freunde, wir haben Fehler begangen, und darüber muß man reden. Aber wer in so kurzer Zeit so viel bewegen muß und bewegen konnte, dem unterlaufen natürlicherweise Fehler. Vor allem dann, wenn man ein Aufräumarbeit zu bewältigen hat, wie wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren. Hier geht es also nicht allzu vordergründig um ein Problem der Selbstdarstellung, und übrigens auch nicht der Demonstration von Richtlinienkompetenz in einer Koalition. Ich möchte darauf hinweisen, daß auch dieses Problem nicht ganz neu ist. Lassen Sie mich Konrad Adenauer zitieren, der wußte, daß Politik manchmal die Gabe der Beherrschung voraussetzt. Er sagte einmal, „daß der Bundeskanzler oft in einem zwiespältigen oder merkwürdigem Lichte erscheint. Manchmal sieht es so aus, als wenn er sehr straff die Zügel in die Hand nehme, und manchmal sieht es so aus, als wenn er nur alles laufen ließe. Beides ist richtig. Ich kann also hin und wieder nur dasselbe tun, gut zureden und sagen: Kinder, nun vertragt euch doch und seid vernünftig! Das hält dann drei Tage“. In einer anderen Situation hat er aber auch festgestellt, „daß ein Kabinett nicht einfach ein Zusammensein verschiedener Minister sein darf, sondern daß die Regierung ein besonderes Organ ist nach dem Grundgesetz, in dem ganzen Aufbau, und daß sie eine eigene Verantwortung hat, daß also ein Kabinettsmitglied nicht lediglich ein CDU-Mann oder ein CSU-Mann oder ein FDP-Mann ist, sondern daß er eine eigene Verantwortung hat als Mitglied des Kabinetts, ebenso wie ich der Auffassung bin, daß ein Kabinett eine eigene Verantwortung hat, abgesehen von dem, was die es tragenden Parteien denken“. Ich kann dem nur zustimmen. Sie sehen jedenfalls, daß auch der große Konrad Adenauer seine Probleme mit Koalitionspartnern hatte, und das wird in Koalitionen immer so sein.

Dennoch, damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich weiß ganz genau, daß Profilierungsversuche des einen in der Koalition zu Lasten des anderen eine Rie-

sendummheit sind: **Entweder gewinnen wir gemeinsam, oder wir verlieren gemeinsam; einen dritten Weg gibt es nicht.**

Liebe Freunde, lassen Sie mich einige Worte zur Außen- und Sicherheits-, zur Deutschland- und Europapolitik sagen.

Die Grunderkenntnis, daß in der Außen- und in der Sicherheitspolitik Schicksalsentscheidungen unseres Volkes fallen, schieben manche wegen der tagespolitischen Notwendigkeiten in der Innenpolitik zur Seite.

Liebe Freunde, wir haben auf diesem Gebiet außergewöhnliche Erfolge erreicht. Ich will auch das einmal aussprechen, weil viele von uns schon ganz selbstverständlich finden, was uns hier so gut geglückt ist.

Erinnern Sie sich an die Diskussion während und nach der Bundestagswahl 1983 um die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Ich weiß aus Washington wie aus Paris, aus London wie aus Den Haag, und ich weiß es aus Moskau, daß damals die Mehrheit unserer Freunde und unserer Gegner im Zweifel war, ob wir in der Bundesrepublik Deutschland diese Herausforderung bestehen würden. Wir haben sie bestanden, weil wir für eine Politik kämpften, von der wir zutiefst überzeugt waren und sind. Und das muß so bleiben. Machen Sie sich keine Illusionen: Die Kräfte der Desorientierung sind wieder unterwegs, was jetzt bei der Diskussion um SDI deutlich wird.

## Aus den Erfolgen Mut schöpfen

**Deswegen ist es wichtig, daß wir — wie im Herbst 1983 — auch in der jetzt bevorstehenden Zeit klaren Kurs halten.** Aber das setzt voraus, liebe Freunde, daß wir aus unseren Erfolgen selbst Mut schöpfen. Es war diese Regierung, es waren wir, die die Dinge in Europa wieder in Bewegung gebracht haben. Es gibt auch keine Alternative zu dieser Politik, denn es gibt kein Zurück zum Nationalstaat Otto von Bismarcks.

Und da ist das dritte Thema, die **Frage der Einheit der Nation.** Wohin, liebe Freunde, sind wir eigentlich gekommen, wenn ein früherer sozialdemokratischer Bundesminister fast beiläufig verlangt, daß die Präambel des Grundgesetzes geändert wird, ohne daß es einen Aufschrei gibt. Wie kann ich erwarten, daß unsere Partner noch einmal in die Erklärung eines Weltwirtschaftsgipfels Worte aus der Präambel unseres Grundgesetzes aufnehmen — wie dies jetzt beim Bonner Gipfeltreffen geschehen ist — wenn wir selbst nicht mehr den langen Atem vor der Geschichte aufbringen?

Liebe Freunde, wir kommen auch in der Innenpolitik gut voran. Es war jetzt möglich, überfällige Entscheidungen der Rechts- und Innenpolitik zu treffen. Und wir haben in der Wirtschafts- und Sozialpolitik erhebliche Fortschritte erzielt. Es ist schon erstaunlich, daß so viele unserer Landsleute — das haben wir ja auch hier in Nordrhein-Westfalen im Wahlkampf erlebt — dies alles für nahezu selbstverständlich halten.

Wenn sie den jetzt berichtigten Vorbericht der OECD für 1986 nehmen — nicht als letzte Weisheit, aber als einen Hinweis auf die Wirklichkeit des Landes —, dann stellen Sie fest, daß die **Bundesrepublik Deutschland bei praktisch allen Daten in Europa auf Platz 1** steht. Denken Sie an die Inflationsrate von jetzt rund 2,5 Prozent. Es gibt keine sozialere Politik als Politik für stabile Preise. Es ist doch einfach unübersehbar, daß das gerade den kleinen Leuten hilft, denn sie sind es, die mit ihren Ersparnissen für Inflation die Zeche zahlen. Denken Sie an das Wirtschaftswachstum, das bei meinem Amtsantritt bei minus eins lag. Heute steuern wir auf einen Spitzenwert in Europa zwischen 2,5 und 3 Prozent zu.

Denken wir an die Zinsentwicklung: von rund 11 Prozent vor vier Jahren zu jetzt 7 Prozent. Das leistet mehr für Investitionen und Arbeitsplätze als ein milliardenschweres Beschäftigungsprogramm.

Ich weiß, daß es Krisenbranchen gibt, und ich denke vor allem an die Bauwirtschaft. Was wir in diesen Tagen beschlossen haben, zielt ja genau darauf. Und ich weiß vor allem auch, daß die Arbeitslosigkeit nicht über Nacht gekommen und auch nicht über Nacht abzubauen ist.

Erinnern wir uns auch daran, daß der SPD-Kanzlerkandidat Vogel vor dem 6. März 1983 erklärt hat, für ihn wäre es eine Aufgabe für eine volle Legislaturperiode, den Prozeß der damals weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit zu bremsen und dann umzukehren.

Lassen wir uns doch von jenen Leuten, die die strukturelle Anpassung in weiten Bereichen verschlafen haben, die Technikfeindlichkeit kultiviert und die moderne Technologie als etwas Lebensgefährliches bezeichnet haben, jetzt nicht sagen: Ihr schafft das Ganze nicht. Es mag sein — dies räume ich ein —, daß wir als Union früher bei den kleinen und läßlichen Sünden mitgewirkt haben. Aber wenn es um die Todsünden ging, blieben die Sozialisten unter sich: Sie haben den Menschen eingeredet, das Wichtigste sei die Freizeitgesellschaft und nicht die Zukunft des Landes.

## Wir haben solide gewirtschaftet

Hier haben wir schon viel zu ändern vermocht, und überhaupt haben wir ganz erhebliche Erfolge erzielt. **Die Gesamtbilanz, die dann im Herbst 1986 zu ziehen ist, wird zeigen, daß dies eine der erfolgreichsten Regierungen in der Geschichte der Republik ist.**

Wir können eine großartige Leistung bei den Lehrstellenangeboten vorweisen. Was hatten wir da nicht alles zu hören bekommen. Wir haben auf die patriotische Gesinnung unserer Mitbürger gesetzt, und wir haben es geschafft. Und, liebe Freunde, wir haben auch die Gesundung der Staatsfinanzen eingeleitet. Von „Kaputtsparen“ — wie das jetzt gelegentlich heißt — kann nicht die Rede sein. Das ist doch angesichts der noch vorhandenen Defizite eine ganz

törichte Formulierung. Und ohne solide Finanzen kann man nun einmal keine solide Wirtschaftspolitik betreiben.

**Aber gerade weil wir bei den Staatsfinanzen solide gewirtschaftet haben, können wir jetzt zum 1. Juli 1985 eine große Steuerreform in Kraft setzen, mit einer Entlastung der Bürger von knapp 11 Milliarden zum 1.1.1986, und einer weiteren Entlastung von knapp 9 Milliarden zum 1.1.1988.** Liebe Freunde, wer von Ihnen hat das eigentlich vor zwei Jahren für möglich gehalten? Wohl nur wenige — und dennoch haben wir es geschafft. Wir hätten es allerdings beinahe ebenfalls geschafft, dieses Reformwerk durch Diskussionen vor der Öffentlichkeit zu zerreden.

Und, liebe Freunde, einige Worte zu der Frage, wo denn die Wende geblieben sei. In der Kürze der Zeit will ich nur auf einen Punkt eingehen, nämlich die Renaissance und die Stärkung der Familie. Das ist ein wesentlicher Punkt der geistig-moralischen Erneuerung, die wir wollen. Denn wo sollen eigentlich die Kinder, wo sollen die jungen Leute Orientierung für ihr Leben finden, die Leitbilder erfahren, wo Tugenden beigebracht bekommen, wenn nicht zu Hause in der Familie? Es gehört ja zu den Torheiten unserer Zeit, alles Mögliche — vor allem das, was unangenehm ist — den Schulen und den Lehrern anzulasten. Vor Gott und den Menschen sind zunächst die Eltern für ihre Kinder verantwortlich. Und wenn das so ist, müssen wir doch alles tun, um die Familien zu stärken.

Zahlreiche Schwächesymptome in unserer Gesellschaft — der Zukunftspessimismus, Verlust des Glaubens an Gott, Ängste, Resignation und Radikalität bei manchen jungen Leuten — haben doch ihre Ursache nicht zuletzt darin, daß zu viele Menschen nicht in einer intakten Familie aufgewachsen sind. Wer familiäre Bindungen als Repression herabsetzt, der wendet sich gegen ein Stück Zukunft unseres Landes. Wir sind tatsächlich eine kinderfeindliche Gesellschaft geworden. Man kann nicht oft genug daran erinnern: Im Jahr 1984 kamen in der Bundesrepublik Deutschland, ohne die Ausländer mitzuzählen, auf 100 Sterbefälle 77 Geburten. Die Zahlen sprechen für sich. **Wenn wir die Familie materiell fördern, ihre Erziehungsleistung anerkennen, sie auch psychologisch stärken, stabilisieren wir zugleich die menschliche, soziale und moralische Verfassung unserer Gesellschaft.** Das ist ein ganz entscheidender Punkt für die Zukunft. Und das, was wir hier getan haben, kann sich wirklich sehen lassen.

## Hier ist die Wende in der deutschen Politik unübersehbar

Lassen Sie mich einmal — ausnahmsweise im Detail — die Liste der sozial- und familienpolitischen Verbesserungen vortragen, die wir durchgesetzt haben und mit denen wir vor allem die einkommenschwachen Mitbürger

und die Familien schon 1986 um insgesamt rund 14 Milliarden DM entlasten werden: Ich nenne die Absenkung des Grundfreibetrags im Steuerrecht: 2,1 Milliarden DM, die Absenkung der Tarifprogression: 3,6 Milliarden DM, die Erhöhung des Kinderfreibetrags für die Familien: 5,2 Milliarden DM, den Kindergeldzuschlag: 670 Millionen DM, das Kindergeld für junge Arbeitslose bis zum 21. Lebensjahr, die Kinderbetreuungskosten für Alleinstehende und Erwerbstätige, die Erhöhung des Wohngelds für kinderreiche Familien, die Verbesserung der Sozialhilfe, die vorgesehene Erhöhung des Erziehungsgeldes für die Familienhaushalte, das geplante Baukindergeld. Ich habe diese Punkte genannt, um Ihnen deutlich zu machen: **Hier ist doch die Wende in der deutschen Politik unübersehbar.** Ich erwarte eigentlich von jenen, die sich immer für die Familien engagieren — das geht bis in den kirchlichen Bereich hinein —, jetzt auch einmal klar und deutlich zu sagen: Das ist der richtige Weg, die Regierung ist tatkräftig vorangegangen.

## Mir ist nicht bange vor der Wahlentscheidung 1987

Liebe Freunde, bis 1988 — keine sechs Jahre seit meiner Wahl zum Bundeskanzler — wird diese Entlastung der Familien und der Arbeitnehmer auf insgesamt etwa 25 Milliarden DM anwachsen, das ist doch ein nicht minder eindrucksvolles Beispiel für unsere Politik der Sozialen Marktwirtschaft als die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Aber ich weiß auch, wir haben hier ein großes Problem: Wir müssen alle diese Leistungen und Erfolge den Bürgern besser nahebringen. Nur, liebe Freunde, das können nicht allein einige Profis machen, sondern hier sind wir alle in der Partei gefordert. Und wenn ich als Bundesvorsitzender der Partei — und Sie können das ja nun wirklich verfolgen — mit meinen Kollegen in der Parteiführung von Ort zu Ort gehe, um das deutlich zu machen, dann tun wir das doch nicht, um uns wegen unserer Politik von Ihnen feiern zu lassen, sondern deswegen, um unseren Mitbürgern möglichst viele Informationen zu vermitteln. Wie schwer das ist, wissen wir alle. Nicht weit von hier, vom Gürzenich, steht das Hauptgebäude einer wichtigen deutschen Rundfunkanstalt. Wenn Sie das Dritte Fernsehprogramm und die Beiträge im Ersten Programm auf sich wirken lassen — vom Radio will ich schon gar nicht reden —, dann wissen Sie: Die Leute dort haben überwiegend nicht die Gewohnheit, sich Tag und Nacht Sorgen über die Wohlfahrt dieser Regierung und der Christlich Demokratischen Union zu machen. Das heißt, liebe Freunde, wir müssen uns doppelt anstrengen in dieser schwierigen Zeit, bei sehr differenzierten Sachverhalten, die nicht in einer Minute jedermann erklärbar sind, weil die Welt eben komplizierter ist als in früheren Zeiten. Unsere Partei muß ihren eigenen unverzichtbaren Beitrag zur politischen Stabilität leisten, auch innerhalb der Koalition. **Mir ist nicht bange vor dem Wahlkampf und der Wahlentscheidung 1987. Was wir leisten und noch leisten werden, wird für sich sprechen, aber wir**

**müssen es an die Menschen heranbringen.** Und wir müssen vor allem einen Fehler ablegen: Lassen Sie mich das aus der Erfahrung vieler Jahrzehnte sagen, weil es eine Art Erbsünde unserer Partei ist: Wir kennen offenbar nur zwei Gefühlslagen — entweder können wir vor Kraft nicht laufen, wenn wir nämlich ganz oben sind, oder vor Selbstmitleid nicht, wenn wir nämlich ganz unten sind. Die Mittellage ist auch insoweit für eine Partei der Mitte das richtige. Mittellage heißt, daß wir fähig sind, eigene Fehler zu erkennen und sie abzustellen, daß wir aber auch das nötige Selbstvertrauen haben, um mit unseren Erfolgen bei unseren Mitbürgern zu werben und klar zu sagen, wofür wir stehen und worin wir uns von unseren politischen Gegnern unterscheiden. Und da haben wir doch, finde ich, im Blick auf 1987 eine gute Position. Abgesehen von allem anderen, können wir sehr selbstbewußt die Frage stellen: **Wie sieht denn die Alternative zu dieser Regierung aus?** Und wenn wir dann an die Außen- und Sicherheitspolitik denken, an die Deutschland- und die Europapolitik, an die Stabilität der Sozialen Marktwirtschaft und der inneren Ordnung, die Zukunft der Bundeswehr, kann sich jeder leicht vorstellen, worauf wir uns gefaßt machen müßten. **Es waren doch sozialistische Denkansätze, die zu der bisher wohl schwierigsten, der wohl negativsten Entwicklung in unserem Land geführt haben** und schließlich zu diesem schlimmen Zweckpessimismus, der so viele Bereiche unserer Gesellschaft nahezu gelähmt hat, weil zu viele Leute meinten, dieses oder jenes sei einfach nicht zu schaffen.

Liebe Freunde, ich bin nicht für einen vordergründigen Zweckoptimismus. Mein Amt und meine Erfahrung verbieten das. Aber wir sollten uns heute auf den Mut der Gründer unserer Partei besinnen, die 1945 nicht auf andere gewartet, sondern das Notwendige selbst getan haben.

Es ist wahr, wir haben eine bittere Wahniederlage erlitten, wahr ist aber auch, daß wir die Kraft haben, daraus Konsequenzen zu ziehen, die uns zu neuen Siegen fähig machen werden. Liebe Freunde, gehen Sie — was meinen persönlichen Beitrag anbetrifft — von einem aus: **Ich habe dieses Amt übernommen, um meine Pflicht zu tun, und Pflicht tun heißt für mich, daß ich standfest meine Aufgabe erfülle. Ich bitte Sie alle, mich dabei zu unterstützen.**